

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 24. Ratssitzung vom 19. November 2014

528. 2014/363

Postulat von Andrea Leitner Verhoeven (AL) und Gabriele Kisker (Grüne) vom 12.11.2014:

Gepantes Ausflugsrestaurant der Dolder AG, Ausrichtung des Nutzungskonzepts auf die Bedürfnisse einer breiten Öffentlichkeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

***Michael Baumer (FDP)** begründet den namens der FDP-Fraktion gestellten Ablehnungsantrag: Es geht nicht an, einem privaten Eigentümer das Betriebskonzept seines Restaurants vorzuschreiben. Das machen wir ja nicht einmal bei den städtischen Restaurants. Das Postulat ist überflüssig und am falschen Ort: Die Grundeigentümer haben versucht, zusammen mit der Stadt eine möglichst gute, vernünftige Lösung zu finden und jetzt sollen sie für ihr Entgegenkommen auch noch bestraft werden.*

***Andrea Leitner Verhoeven (AL)** begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 514/2014): Die «Hotel Dolder AG» betont, dass sie mit dem Neubau auch einen Mehrwert für die breite Öffentlichkeit schaffen will. Angesichts des nahen Gourmetrestaurants des Hotels «Dolder Grand» macht es durchaus Sinn, wenn das Ausflugsrestaurant des Hotels «Dolder Waldhaus» nicht auch noch diesem sehr gehobenen Preisschema entspricht. Unser Postulat soll die Funktion eines Mahnmals haben und dann, wenn das Projekt materiell Gestalt annimmt, an die in der «Vision Dolder» gemachten Versprechen erinnern.*

Weitere Wortmeldungen:

***Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP):** In der Abwägung zwischen der Schaffung planungsrechtlicher Grundlagen und dem Gewinn für die Öffentlichkeit sind wir zum Schluss gekommen, dass die gefundene Lösung beiden Interessen gerecht wird. Der Spielraum zwischen der Stadt und dem Dolder wurde auf sinnvolle Weise genutzt. In der Gestaltung von Menüplänen sehen wir hingegen überhaupt keinen Spielraum. Einerseits bezweifeln wir, dass Menüs politisch erzwungen werden können, andererseits sehen wir bei der Kunsteisbahn, dem Schwimmbad und den weiteren Einrichtungen am Adlisberg viel mehr politischen Handlungsbedarf.*

***Dr. Jean-Daniel Strub (SP):** Durch das Postulat wird niemandem etwas vorgeschrieben. Der Stadtrat wird lediglich aufgefordert, sich für etwas einzusetzen. Es geht darum, das aus Sicht der Stadtentwicklung richtige Anliegen noch mit der nötigen Unterstützung zu versehen.*

***Stefan Urech (SVP):** Diese absurde Idee zeugt von einem seltsamen Staatsverständnis*

2 / 2

und liesse sich kaum umsetzen – oder glauben Sie ernsthaft, der Küchenchef des Ausflugsrestaurants würde jeweils den Wochenmenüplan mit Stadtrat André Odermatt besprechen und anpassen?

Markus Hungerbühler (CVP): *Es ist absurd, in einer freien Marktwirtschaft den Leuten die Preisgestaltung ihrer Menüpläne vorschreiben zu wollen. Es handelt sich hierbei klar nicht um eine staatliche Aufgabe. Die Restaurants werden ihre Preise sowieso je nach Geschäftsgang eigenständig anpassen müssen.*

Mauro Tuena (SVP): *Das Restaurant Sonnenberg wurde auch schon einmal gezwungen, «etwas fürs Quartier» zu machen. Das Interesse an diesem von der Politik aufgezwungenen «erweiterten Wurststand» erwies sich dann aber als sehr bescheiden. In die unternehmerischen Freiheiten soll bitte nicht eingegriffen werden.*

Gabriele Kisker (Grüne): *Mit dem Postulat wollen wir bloss die Weisung konkretisieren, ihr Nachdruck verleihen und ihre Umsetzung kontrollieren.*

Andreas Kirstein (AL): *Keine Angst, es soll hier nicht gleich der Sozialismus eingeführt werden. Vielmehr regt das Postulat – im Rahmen seiner bescheidenen Möglichkeiten – an, dass mit der Neugestaltung auch den Bedürfnissen des Volks Rechnung getragen wird.*

Mauro Tuena (SVP): *Das Volk ist im Restaurant Sonnenberg jederzeit willkommen und kann selber entscheiden, was es konsumieren will.*

Thomas Schwendener (SVP): *Man sollte dankbar sein, dass die Privaten etwas investieren und keine Subventionen brauchen.*

Michael Baumer (FDP): *Auf die Leute, die Offenheit signalisiert haben und auf die Stadt zugegangen sind, soll kein Druck in diesem Stil ausgeübt werden. Dies wäre nicht zuletzt auch im Hinblick auf nachfolgende Investoren unangebracht.*

Das Postulat wird mit 59 gegen 61 Stimmen abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat